

Die Debatte ist eröffnet

Anmerkungen zur Programmdiskussion des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, geb. 1950 in Düsseldorf, Studium der Geschichte und Philosophie in Köln, ist Referatsleiter in der Abteilung Grundsatz und politische Planung des DGB-Bundesvorstands.

I.

Programmdebatten in Gewerkschaften wie in politischen Parteien und Verbänden wird ein hoher Stellenwert für die Formulierung politischer Perspektiven, für die Entwicklung der Organisation, ihrer Fähigkeit, auf neue Herausforderungen einzugehen, zugewiesen. Die Beteiligung der Mitglieder und Funktionäre an der Debatte und der Erarbeitung einer neuen Programmatik ließ in der Vergangenheit allerdings zu wünschen übrig. Freilich waren Beteiligung und ausführliche Diskussion immer erwünscht. Gerade Programmdebatten sollten sich nicht in Hinterzimmern oder Gewerkschaftszentralen, sondern in der Gesamtorganisation und in der Öffentlichkeit vollziehen. Das Verfahren, das üblicherweise gewählt wurde, um eine neue Programmatik zu debattieren, bewegte sich jedoch im traditionellen Rahmen gewerkschaftlicher Willensbildung: Erarbeitung und Präsentation von Entwürfen, Diskussion in den Gremien und in der Presse, Formulierung von Anträgen und Debatten und Entscheidungen der Kongresse.

Die kritische Bestandsaufnahme und die Formulierung einer neuen Programmatik des DGB soll sich diesmal in anderen Bahnen vollziehen: Die vom DGB-Bundesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe hat anstelle eines ersten Entwurfs Leitfragen formuliert;¹ in 10 Kapitel gegliedert erheben sie nicht den Anspruch, das Gerüst einer neuen Programmatik zu sein. Sie signalisieren vielmehr, worüber diskutiert werden müßte. Die Leitfragen sollen in den Gewerkschaften, den DGB-Kreisen und -Landesbezirken, in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, der Gewerkschaftspresse und überall dort erörtert werden, wo Mitglieder und Funktionäre zum Gedankenaustausch zusammenkommen.

Eine solche Vorgehensweise ist ungewohnt und ruft Unsicherheit hervor. Auf die Frage, welches Ergebnis denn erzielt werden sollte, kann keine Antwort gegeben werden. Fest steht der Termin des außerordentlichen DGB-Kongresses im November 1996 in Dresden, auf dem das neue Programm verab-

¹ Die Leitfragen können bei der Abteilung Grundsatz und politische Planung, DGB-Bundesvorstand, Postfach 101026, 4000 Düsseldorf 1 bestellt werden. Sie sind dokumentiert in der Gewerkschaftspresse und im demnächst erscheinenden Gewerkschaftsjahrbuch 1993.

schiedet werden soll. Aber welche Entscheidungen dort getroffen werden, wie überhaupt ein neuer programmatischer Text aussehen könnte - das alles ist noch nicht absehbar.

Erforderlich ist eine Debatte, in der ohne Tabus gewerkschaftliche Politik erörtert wird. Nicht mehr jenseits der Beschlußlage muß diskutiert werden, sondern die Beschlußlage selbst ist in Frage gestellt. Kritik, neue Ideen, auch neue Fragen und fundierte Antworten, politische Kreativität und Phantasie sind ausdrücklich erwünscht. Die Debatte wird an Tiefe und Qualität gewinnen, je mehr sie neues und auch ungewohntes Denken zu Tage fördert. Sie muß sich ablösen können von der Rücksicht auf Hierarchien und Machtverhältnisse und von dem Blick auf die „Umsetzbarkeit“. Es zählt zuerst das Argument, nicht die Anzahl der Delegierten, die die eine oder andere Position auf sich vereinen kann.

Eingeladen zum Diskurs sind aber nicht allein die Gewerkschaftsmitglieder. Öffnung nach innen korrespondiert mit der Öffnung nach außen. Gewerkschaftsreform ist nie Selbstzweck, sondern auch ein Stück Veränderung der Gesellschaft. Darum sind Wissenschaftler, Journalisten, Künstler, Politiker, auch Unternehmer gebeten, sich an der Diskussion der Leitfragen zu beteiligen. Bei Werkstattgesprächen im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf soll ein Dialog zwischen ihnen und Gewerkschaftern stattfinden. Miteinander ins Gespräch kommen, damit Gewerkschaften wieder ins Gespräch kommen — auch das ist ein Ziel der Programmdebatte.

Öffnung bedeutet nicht den Verzicht auf die Erarbeitung eigener Standpunkte, sondern setzt sie voraus. Offenheit bedeutet nicht Beliebigkeit, wohl aber das harte Durcharbeiten unterschiedlicher Auffassungen. Verbindendes aus der Vielfalt zu finden und Verbindliches zu formulieren, das ist ein hoher Anspruch. Über Reformnotwendigkeit wurde viel geschrieben und noch mehr geredet. Nun müssen Ansprüche eingelöst, Vorschläge konkretisiert, Aufforderungen in die Tat umgesetzt werden. Politisches Handeln, darauf hat Hannah Arendt verwiesen,² gründet auf der Zusammenführung unterschiedlicher Interessen und vielfältiger Meinungen.

Die Regeln des Diskurses verlangen Gleichberechtigung der Teilnehmer, die Regeln innergewerkschaftlicher Demokratie schreiben Delegation und Repräsentanz vor. In diesem Spannungsverhältnis wird ein programmatischer Text entstehen müssen.

Grundwerte gewerkschaftlicher Politik wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und der Mitgliederbezug stehen nicht zur Disposition. Aber auch sie müssen neu buchstabiert werden. In diesem Sinne begibt sich der DGB auf den Weg der Diskursorganisation.

² Hannah Arendt, Was ist Politik?, aus dem Nachlaß herausgegeben von Ursula Ludz, München 1993.

II.

Die aktuelle Debatte konzentriert sich derzeit mehr auf Fragen der Organisationsreform als auf die Programmdebatte. Die Verkleinerung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Spekulationen über Reduzierungen des Personals, Fusionen und Organisationskonflikte zwischen Gewerkschaften interessieren die Presse, viele Mitglieder und Funktionäre mehr als die Leitfragen zur Programmdebatte des DGB. Das verwundert nicht: Organisationskonflikte lassen sich „griffiger“ darstellen als komplexe Inhalte. Der DGB und seine Gewerkschaften sind Großorganisationen. Veränderungen in den Strukturen wird daher meist eine höhere Bedeutung zugemessen als solchen in der Programmatik. Im Innenleben der Organisation haben Strukturveränderungen direktere Auswirkungen auf die Arbeit, den Einfluß und den Arbeitsplatz von Funktionären als ein Programm. Gewerkschaftliche Politik war zudem in der Praxis mehr Reaktion auf konkrete und kurzfristige Veränderungen als Folge einer bestimmten Programmatik heraus. Das ist nichts Neues in der Gewerkschaftsgeschichte.

Dennoch ist der enge Zusammenhang der Programmdebatte mit der Organisationsreform nicht zu übersehen. Die Programmdebatte bietet eine über organisationspolitische Strategien hinausgehende Reflektionsebene für die Reform der Strukturen. „Wie müssen die Politik und die Organisation der Gewerkschaften und des DGB aussehen, damit die Menschen diese Organisation als die ihre ansehen, ihren finanziellen Beitrag leisten und in ihr mitmachen?“ Bewußt widmet sich das letzte Kapitel der Leitfragen der Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Die Frage der Organisationsreform wie die nach der Aufgabenverteilung zwischen dem DGB und den Gewerkschaften lassen sich nicht voluntaristisch lösen, sondern vorrangig unter Berücksichtigung der Anforderungen, die die Umbrüche und Wandlungsprozesse an die gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungsaufgabe stellen.

Die Frage nach den Möglichkeiten und den Grenzen gewerkschaftlicher Macht wird sich nur im Kontext von Programm- und Organisationsreform beantworten lassen. Eine Programmatik, die die organisationspolitischen Möglichkeiten ihrer Verwirklichung vernachlässigt, verliert an Glaubwürdigkeit. Eine Organisation, die ihre programmatischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht ausschöpft, wird orientierungslos oder verzettelt sich in Beliebigkeiten.

Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften, die Bereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich in ihnen zu organisieren und sich zu beteiligen, die Gewerkschaften aktiv oder passiv zu unterstützen, erwächst nicht nur aus effektiver Dienstleistung, guter Betreuung und erfolgreichem Rechtsschutz, sondern auch aus der Zustimmung oder Ablehnung ihrer Politik und ihres gesellschaftspolitischen Programms.

Gewerkschaften handeln öffentlich und in die Öffentlichkeit hinein. Die Botschaft an die Mitglieder und das Bild bei den Mitgliedern wie den öffentlichen Meinungsträgern entscheiden über die Wirksamkeit ebenso wie zeitgemäße Strukturen und Arbeitsformen.

Die Vorschläge von zwei Arbeitsgruppen zur Vorbereitung und Bilanzierung der Programmdebatte und zur Organisationsreform werden durch eine sogenannte Steuerungskommission zusammengefaßt und den DGB-Gremien vorgelegt. Die Struktur ist vorhanden, um beide Stränge der DGB-Reform miteinander zu verknüpfen.

III.

Der Weg des Diskurses wurde gewählt, um Ansprüchen nach Beteiligung gerecht zu werden. Er wurde notwendig, um den Blick zu öffnen für die Konsequenzen, die der DGB aus dem Ende der Systemkonfrontation ziehen muß und die nahelegen, Traditionslinien gewerkschaftlicher Programmdebatten zu verlassen.

Die Auseinandersetzungen um Gesellschaftsanalyse und wirtschaftsdemokratische Forderungen, zwischen der Kritik an Ausbeutung und Unternehmerwillkür einerseits und dem Bekenntnis zur Mitverantwortung der Gewerkschaften in der Demokratie andererseits, bestimmten die Debatten um das Grundsatzprogramm von 1963. Otto Brenner, der damalige, inzwischen schon legendäre Vorsitzende der IG Metall, plädierte für die Beibehaltung der systemkritischen Option, die Forderungen nach Vergesellschaftung und umfassender Demokratisierung der Wirtschaft. Georg Leber, der pragmatisch orientierte Vorsitzende der Baugewerkschaft sowie der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg engagierten sich für eine sozial-liberale Öffnung in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.³

Auch das gültige DGB-Grundsatzprogramm von 1981 fand öffentliche Aufmerksamkeit durch den Streit über die Systemfrage: Der „linke Gewerkschaftsflügel“ formulierte Kritik an der Sozialpartnerschaft und der kapitalistisch geprägten Wirtschaftsordnung. Zudem meldeten sich diejenigen, die der kommunistischen Gewerkschaftstradition eine prägende Rolle bei der Entstehung und damit auch in der Kontinuität der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945 zuweisen wollten. Im politischen Kontext der Krise der Entspannungspolitik und dem Bemühen des DGB, die innerdeutschen Beziehungen zu normalisieren, fanden sie Sympathie auch bei manchen derjenigen, deren gesellschaftspolitische Vorstellungen sich von marxistisch-leninistischen Konzepten deutlich unterschieden.⁴

3 Helga Grebing, Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation - 1955-65, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 177 ff.

4 S. dazu auch die Kontroversen auf der Münchner Geschichtskonferenz des DGB 1979: Heinz-Oskar Vetter (Hrsg.), Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten, Köln 1980; siehe auch Frank Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1989.

Nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ fand die Aufarbeitung dieser Debatten und Kontroversen ihren Niederschlag u. a. in der sogenannten Sozialismus-Debatte der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Wie in der Programmdebatte zehn Jahre zuvor vermischten sich jedoch die „Systemfragen“ mit der Auseinandersetzung über den Stellenwert der Kommunisten in den Gewerkschaften und darüber hinaus mit einer allerdings noch nicht ausdiskutierten Bewertung der Rolle des DGB in der Entspannungspolitik, insbesondere seines Verhältnisses zum FDGB. Die Programmdebatte könnte ein Ort sein, diese Fragen weiter zu erörtern, jedoch käme es darauf an, die skizzierten Ebenen voneinander zu trennen, um Klarheit zu erreichen. Das eine könnte Vergangenheitsbewältigung, das andere kritische Neubewertung der „Systemfrage“ sein.

Forderungen nach demokratischer Planung und Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft, nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Einführung gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung über Wirtschafts- und Sozialräte, kurzgefaßt nach dem Modell eines Staatsinterventionismus unter Beteiligung des DGB, wirken nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ und angesichts der derzeitigen Probleme und Konfliktlagen wie ein Stück Anachronismus aus der guten alten Zeit der Systemkonkurrenz.

Andererseits steckt die soziale Marktwirtschaft, die den Sozialismus nicht besiegt, wohl aber erfolgreich überlebt hat, wie Theo Sommer es ausdrückt, selbst in einer Krise. Der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ bedeutet nicht das Ende der Geschichte, wohl aber den Beginn eines neuen Kapitels voller Unwägbarkeiten und Unsicherheiten. Die weltweit dominierende marktwirtschaftliche Ordnung steht auf dem Prüfstand. Neue Herausforderungen, Krisen und Probleme lassen sich nicht mehr mit dem Blick auf den Systemvergleich relativieren. Andererseits verbieten sich die einfachen Antworten, die den Ausweg aus den strukturellen Verwerfungen der Marktwirtschaft in der Systemalternative suchten. Im Gegenteil: Das Festhalten an diesen Alternativen oder gar die Hoffnung auf eine Renaissance überholter Konzepte mindern die Fähigkeit, auf die Krisen der Gegenwart eine zukunftsfähige Antwort zu finden.

Der Programmdiskurs soll Raum für faire Bewertung des Vergangenen geben und durch einen gemeinsamen Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart wie der Zukunft Weiterdenken und Neuanfang ermöglichen.

IV.

Der Diskurs als Möglichkeit des Weiterdenkens, als Weg, sich für Neues zu öffnen, bietet die vielleicht letzte Chance für den DGB und die Gewerkschaften, aus der weitgehenden programmatischen Defensive herauszukommen, in die sie in den vergangenen zehn Jahren geraten sind. Gerade die Unterordnung der tiefgreifenden Modernisierungsschübe in Wirtschaft und

Arbeitswelt unter die Systemfrage hatte vielfach zum Ergebnis, daß Gewerkschaften Entwicklungen zunächst ablehnten und erst später nachvollzogen, ohne sie noch entscheidend gestalten zu können. So wurde die dritte industrielle Revolution, die mit der Einführung neuer Technologien bewirkte tiefgreifende Umwälzung der Arbeitswelt, anfangs mit der Forderung nach Innovationsmoratorien beantwortet. Fundamentalistische Technikkritik und Ängste führten im Endergebnis dazu, daß Gestaltungsmöglichkeiten verkannt wurden. Die mit der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken möglichen neuen Modelle kommunikativer, qualitativer und ganzheitlicher Arbeitsansätze wurden vielfach erst wahrgenommen, als die Arbeitnehmer selbst sich in die von den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären bekämpften Qualitätszirkel drängten.

Reaktive Änderungen von Politik und Programmatik versuchen nun im nachhinein, Gestaltungschancen aufzugreifen, die Ansätze modernen Personalmanagements so zu beeinflussen, daß aus Mitwirkungs- reale Partizipationsmöglichkeiten werden. Aber eine schlüssige programmatische Konzeption für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz läßt ebenso auf sich warten wie eine programmatische und damit gewerkschaftspolitische Verarbeitung des prozeßhaften Innovationscharakters neuer Technikkonzepte. Derzeit droht eine neue Verweigerungshaltung gegenüber den Konzepten der lean production, des lean managements, der lean Company. Wieder besteht die Gefahr, aufgrund von gesellschaftspolitischem Fundamentalismus Handlungsmöglichkeiten in der Praxis so lange zu übersehen, bis die Gewerkschaftsmitglieder selbst sie zu nutzen beginnen.

Die Einbeziehung der Mitglieder in den Diskurs soll dazu beitragen, sensibler auf Bedürfnisse einzugehen, die auch wohlerwogenen Beschlußlagen widersprechen. Ein Beispiel: Das Thema flexible Arbeitszeiten wurde den Arbeitgeberverbänden in der Auseinandersetzung um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit überlassen, anstatt die Rechte der Beschäftigten auf eine souveräne Gestaltung von Arbeits- und Lebenszeiten einzuklagen. Wer genau in mitgliedernahe Debatten hineinhört, wird auch feststellen, daß starre Ladenschlußzeiten zu einem Anachronismus werden, für den kaum noch Verständnis aufgebracht wird. Eine neue Programmatik wird nicht auf jede Frage eine zeitgemäße Antwort finden können, aber sie müßte so offen debattiert werden, daß Blockaden aufgebrochen werden können.

Unübersehbar ist, daß Wertewandel und neue Lebenskonzepte der Erwerbsarbeit einen anderen Stellenwert in ihrem Verhältnis zur Nichterwerbsarbeit geben. Der Gesellschaft ist nicht die Arbeit ausgegangen, aber bei Jungen wie Alten, bei Frauen und Männern ist Erwerbsarbeit nicht mehr die Erfüllung des Lebens, wenn auch die Erwartungen an das Leben eine befriedigende und gut bezahlte Erwerbsarbeit einschließen.

Während der Programmdebatte der SPD im Vorfeld des Berliner Programms zeigte sich, daß die Gewerkschaften für Konzepte, die eine Befreiung

von der Arbeit intendieren, weit weniger empfänglich waren als für den programmatischen Ansatz der Befreiung in der Arbeit. Wenn jedoch mittlerweile die Vereinbarung von Erziehungszeiten zum Programmpunkt von Tarifforderungen werden und neue Modelle der Teilzeitarbeit, wenn auch vorerst nur im öffentlichen Dienst, erprobt werden, so legt diese Entwicklung nicht nur einen programmatischen Nachvollzug nahe, sondern die gewerkschaftliche Vorstellungswelt wird sich im Kontext des Strukturwandels von Arbeitswelt und Wertewandel insgesamt auf neue Herausforderungen einstellen müssen.

V.

Hinderlich für die Programmdebatte wirkt die Be- bzw. Überlastung der Gewerkschaften mit aktuellen Auseinandersetzungen. Angesichts der wirtschaftlichen Rezession und der anhaltenden Umbruchskrise in den neuen Bundesländern haben DGB und Gewerkschaften derzeit alle Hände voll damit zu tun, um sich mit steigender Arbeitslosigkeit, der krisenhaften Entwicklung ganzer Branchen und den Angriffen auf die Tarifautonomie auseinanderzusetzen.

Aber gerade in diesen Alltagskonflikten wird immer deutlicher, daß es sich durchweg nicht um kurzfristige Krisen und Konflikte an der Oberfläche handelt, sondern daß sich dahinter neue Entwicklungen abzeichnen und tiefgreifendere Strukturverschiebungen verbergen, auf die Politik, Wirtschaft und auch die Gewerkschaften mit ihren althergebrachten Rezepten und Konzepten nicht angemessen reagieren können. Aus diesem Grunde wurden beim ersten Werkstattgespräch zur Programmdebatte im Februar 1993 in Düsseldorf die Perspektiven der Gewerkschaften im geeinten Deutschland in den Mittelpunkt gestellt.

Die DGB-Gewerkschaften haben im Osten drei bis vier, im Westen knapp acht Millionen Mitglieder. Unterschiedliche Lebenswege, Erfahrungen und Denkweisen trennen Deutsche in Deutschland voneinander.⁵ Diese Unterschiedlichkeit zeigt sich im Alltag gewerkschaftlicher Arbeit in den neuen Bundesländern, im Innenleben gewerkschaftlicher Willensbildung, nicht zuletzt im Konflikt um das Mai-Motto des DGB im Jahre 1992 „Teilen verbindet“.⁶ Die Erwartungen und Befindlichkeiten, die noch unterschiedlichen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder in West- und Ostdeutschland in der gewerkschaftlichen Politik und Programmatik müssen berücksichtigt werden. Eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens in einer Gewerkschaftsorganisation ist erforderlich. Sie wird sich nicht in theoretischen Erörterungen, wohl aber im Miteinanderdebattieren herausbilden können. Im Spannungsverhältnis zwischen subjektiven Wünschen und Erwartungen und den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen muß sich

⁵ Lutz Niethammer, Wege aus der sozialen Einheit — Wege zur sozialen Einheit?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/93, S. 130-149.

⁶ Hans-Jürgen AritAVolfgang Uellenberg-van Dawen, Verbittert Teilen oder verbindet es?, in: Rudolf Hickel/Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.), Umverteilen, Köln 1993, S. 290-316.

gewerkschaftliche Politik bilden. Der DGB muß sich programmatisch darüber verständigen, mit welchen Orientierungen und welchen Optionen er das Projekt deutsche Einheit weiterhin mitgestalten will.

Wie problematisch der Begriff der sozialen Einheit sein kann, darauf hat Lutz Niethammer hingewiesen. Er weckt Erinnerungen an den SED-Begriff von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und könnte als eine neue Gemeinschaftsideologie angesichts wachsender Differenzierungen in der Gesellschaft mißverstanden werden. Soziale Einheit, wie sie der DGB versteht, steht als Synonym für das gerechte Teilen in Deutschland. Aber könnte dies nicht auch eine Verlegenheitslösung sein, weil sich der DGB eine Debatte über die Folgen der neugewonnenen nationalen Einheit, über die Frage nach „nationaler Identität“ ersparen will?

Wie die beim ersten Werkstattgespräch angerissenen Fragen weiter bearbeitet, ob sie aufgenommen und fortgeführt werden, bleibt abzuwarten. Aber daß Deutschland nun aus zwei Teilen zusammenwachsen muß, daß die alte Bundesrepublik nicht bloß größer geworden ist, sondern daß eine neue Republik entstanden ist - dies dämmert inzwischen immer mehr Mitgliedern und Meinungsträgern. Wo wäre ein besserer Ort, so etwas auch kontrovers zu behandeln als im Programmdiskurs?

VII.

Die Öffnung der Programmdebatte in die Mitgliedschaft läßt die Differenzierung der unterschiedlichen Lebensbedingungen, der Interessen, der Bedürfnisse und der Meinungen zum Tragen kommen. Was bedeutet Einheitlichkeit, auf welche gemeinsamen und umfassenden Interessen kann sich gewerkschaftliche Politik noch beziehen, und mit welchen Begriffen drückt sie diese aus? Der Wandel in Wirtschaft und Arbeitswelt hat die Arbeit grundlegend verändert und die Arbeitenden neu geschieden: hochqualifizierte Vollerwerbstätige auf der einen, eine wachsende Zahl kaum oder nur kurzzeitig, ungeschützt und schlecht bezahlter Beschäftigter auf der anderen Seite. Die Erosion der Facharbeiterschicht, des Rückgrats der Gewerkschaften, wie des Normalarbeitsverhältnisses, des Regelungsrahmens gewerkschaftlicher Politik, ist offensichtlich.

Neue Gestaltungsräume, neue Ansprüche aber stoßen sich in der Wirklichkeit mit neuen und alten Zwängen. Massenarbeitslosigkeit und neue Armut stellen den Sozialstaat in Frage. Die Grenzen der Finanzierbarkeit sozialer Leistungen im Rahmen der Versicherungsgemeinschaft müssen ausgelotet, sozialstaatliche Politik muß angesichts neuer Anforderungen und alter Kontroversen neu formuliert werden.

Von konservativen wie von linksalternativen Kritikern⁷ wird der Sozialstaat als bürokratischer Moloch attackiert. Wie kann Sozialstaat bürgernah und effi-

⁷ Dietrich Lange/Ulrich Weth (Hrsg.), Politische Beteiligung im Sozialstaat, Berlin 1992.

zient, leistungsstark und transparent gestaltet werden? Von der Antwort auf solche Fragen hängt nicht allein die Zukunft der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ab (die diese Debatte seit einiger Zeit führen⁸), sondern die Legitimation der Gewerkschaften insgesamt, die den modernen Sozialstaat auch als Ergebnis gewerkschaftlicher Politik betrachten.

VIII.

Aus der Tagespolitik heraus Entwicklungslinien abzuleiten, die im 21. Jahrhundert, das in 7 Jahren beginnt, wesentlich sein werden - auch an diesem Maßstab wird die Zukunftsfestigkeit einer neuen Programmatik gemessen werden:

- Perspektiven und Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland in der europäischen wie der Triadenkonkurrenz stellen die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie Grenzen der Gewerkschaften in ihrem ureigensten Feld, der Tarif-, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, dar. Politiker der Koalition haben bereits jetzt ihre Positionen auf eine deutliche Senkung der Arbeitskosten, die Verlängerung der Arbeitszeiten und weitere Schritte der Deregulierung zuge-spitzt. Wollen Gewerkschaften nicht völlig defensiv in diese Ausein- setzungen gehen, so müssen die gewerkschaftlichen Forderungen unter mit- telfristigen Gesichtspunkten überdacht und weiterentwickelt werden.
- Die gewerkschaftliche Programmdebatte wird auf eine Reflexion der euro- päischen wie der internationalen Rahmenbedingungen nicht verzichten können. Die globalen Fragen der Menschheit haben sich in den achtziger Jahren stärker ins öffentliche Bewußtsein eingegraben als jemals zuvor. Gewerkschaften gerieten in die Kritik von Umweltschützern und Bürger- initiativen, mußten sich mit der Entstehung neuer sozialer Bewegungen aus- einandersetzen. Ein wesentliches Element der bisherigen Zukunftsdebatte bestand in der Formulierung eines eigenständigen Politikansatzes im Hin- blick auf die globalen Fragen der Menschheit. Gewerkschaften müssen kri- tisch über einen Weg industriellen wie gesellschaftlichen Fortschritts nach- denken, dessen Erfolge von ihnen miterstritten wurden und dessen Risiken zu mindern sie jetzt gefordert sind.
- Globale Probleme und ihre Folgen bestimmen heute schon die Tagespolitik, nicht mehr nur in Bürgerinitiativen und Seminaren, sondern in Betrieben und Büros: Die heftig umstrittenen Fragen der Einwanderung, der wirt- schaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, sozialen und kulturellen Folgen der Wanderungsbewegungen in Europa und nach Europa lassen sich politisch verantwortlich kaum in einem Klima wachsender innerer Konfrontation, des Fremdenhasses und der Fremdenangst lösen. Die Programmdebatte muß Wege zeigen, wie Gewerkschaften zumindest mittelfristig auf diese Einwanderung, die sich sofort auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Bildungs- wie in der Sozialpolitik bemerkbar macht, antworten sollen.

⁸ Monika Wulf-Mathies (Hrsg.), Zukunft durch öffentliche Dienste, Köln 1990.

Werte wie Freiheit, Toleranz, Achtung der Menschenwürde müssen in diese Konflikte ebenso hineinbuchstabiert werden wie die Ängste von Bauarbeitern, deren Arbeitsplätze mit Opfern gewissenloser Menschenhändler besetzt werden.

- Einwanderung weist zudem auf weitreichendere Konfliktlagen hin, die einen engen Mitgliederbezug gewerkschaftlicher Politik und Programmatik konkreter in Frage stellen und denen durch Formulierungen über die internationale Solidarität kaum beizukommen sein wird. Was können die deutschen Gewerkschaften in Zukunft dazu beitragen, daß der gesellschaftliche Reichtum und die knappen natürlichen Ressourcen dieser Erde so neu verteilt werden, daß die Mehrheit der Erdbevölkerung, die sich bereits heute in der südlichen Hemisphäre drängt, eine menschenwürdige Zukunft hat? Der amerikanische Historiker Paul Kennedy hat auf dieses globale Problem der Menschheit in Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert eindringlich hingewiesen. Es ist zu wünschen, daß Stimmen aus der Mitgliedschaft wie von außerhalb der Gewerkschaften diesen Aspekt in die programmatische Debatte einbringen.

IX.

Die Debatte über eine neue Programmatik des DGB ist eröffnet. Wie intensiv und kontrovers die angedeuteten Fragen erörtert werden oder ob nicht gänzlich anderes eine wesentlichere Rolle spielt, läßt sich nicht vorhersagen.

Die programmatische Erneuerung des DGB wird gelingen, wenn das Programm aus der Mitte der Gewerkschaften und des DGB erarbeitet ist, im innerorganisatorischen Diskurs und im Dialog mit allen, die sich aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien an ihm beteiligen wollen.

Noch hat der Diskurs erst zögerlich begonnen. In den Gewerkschaften und den DGB-Gliederungen sind erste Überlegungen angestellt worden, man macht sich mit dem Thema vertraut. Im Vorfeld des DGB-Kongresses im Juni 1994 werden erste Resultate sichtbar werden.

Wissenschaftler, Politiker und auch Unternehmer, die um Rat gebeten wurden, haben sich inzwischen zu einzelnen Fragen wie zum gesamten Vorhaben einer neuen Programmatik geäußert. Ihr Rat in Stichworten lautet: Konzentration auf die wesentlichen Fragen, zu deren Lösung Gewerkschaften kompetent beitragen können; Verdeutlichung der Ziele und der Werte, die gewerkschaftliche Politik in Zukunft leiten könnten; Offenheit für neue Optionen und das Spannungsfeld gleichwertiger Anforderungen. Eine Programmatik, die wirken will, muß solche Hinweise berücksichtigen. Sie sind gute Wegweiser für eine Debatte, die noch am Anfang steht, aber hoffentlich an Breite und Tiefe gewinnt.